

Ottokar Luban

Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept und an der bolschewistischen Revolutionspolitik in Russland

Das im September 1918 verfasste Manuskript Rosa Luxemburgs über die Russische Revolution mit scharfer Kritik an der bolschewistischen Politik war nach der Entstehung mehrere Jahre der Öffentlichkeit vollständig unbekannt geblieben.¹ Die Publizierung durch Paul Levi zur Jahreswende 1921/22 stellte eine politische Sensation dar. Die Mitbegründerin und Ikone der Kommunistischen Partei Deutschlands hatte in prägnanten Formulierungen die Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewiki als nicht vereinbar mit den sozialistischen Grundsätzen angegriffen, auch wenn sie gleichzeitig den Mut der russischen Genossen hervorhob, eine sozialistische Revolution gewagt zu haben. Levi war in den Monaten der deutschen Revolution ein enger Vertrauter Luxemburgs und seit März 1919 Vorsitzender der KPD. Wegen seiner Differenzen mit den führenden deutschen und russischen Genossen trat er im Februar 1921 zurück. Im April 1921 wurde er wegen seiner öffentlichen Kritik an dem von der KPD-Führung unter Druck von Komintern-Vertretern angezettelten Märzaufstand im mitteldeutschen Industriegebiet aus der Partei ausgeschlossen. Jetzt nutzte Levi die Argumente Luxemburgs als Argumentationshilfe in seiner Auseinandersetzung mit der Leitung der deutschen und russischen Kommunisten. Demgegenüber behaupteten Luxemburgs alte Parteifreunde Clara Zetkin und Adolf Warski in der hitzigen Kontroverse, dass Luxemburg ihre kritische Haltung gegenüber der bolschewistischen Politik in der Zeit zwischen der Novemberrevolution 1918 und ihrer Ermordung im Januar 1919 weitgehend aufgegeben hätte.²

- 1 Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referates, gehalten auf der Rosa Luxemburg Konferenz an der Wuhan University in Wuhan, China, am 20./21. März 2006.
- 2 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung, aus dem Nachlass, hrsg. u. eingeleitet von Paul Levi, Berlin 1922; Text des Originalmanuskripts in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, hrsg. v. der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., 6. überarbeitete Aufl., Berlin 2000, S. 332–365; Adolf Warski: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, Hamburg 1922; Clara Zetkin: Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg 1922; Klaus Kinner: Marxistische deutsche Geschichtswissenschaft 1917 bis 1933. Geschichte und Politik im Kampf der KPD, Berlin 1982, S. 60 f.; Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1965, S. 752–755, auch S. 680–682; Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen, geringfügig veränderte Taschenbuchausgabe, Frankfurt am Main/Berlin 1986, S. 169–176. Mit dem Schwerpunkt Levi-Zetkin: Tània Puschnerat: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen 2003, S. 236–238, S. 252–267, S. 274 f. Mit dem Schwerpunkt Radek-Levi: Jean François Fayet: Karl Radek (1885–1939). Biographie politique, Bern u. a. 2004, S. 352 f., S. 359–396.

Seit jener Auseinandersetzung von 1922 standen Luxemburgs kritische Äußerungen gegen Lenins Parteikonzept sowie die bolschewistische Revolutionspolitik mehrfach im Mittelpunkt politischer und geschichtswissenschaftlicher Debatten, sowohl innerhalb wie außerhalb der kommunistischen Bewegung. Einen besonderen Akzent setzte Stalin 1931, als er die Auffassungen Rosa Luxemburgs und ihrer Anhänger als „halb-menschewistisch“ verurteilte. Der „Luxemburgismus“ – der Begriff war schon 1925 geprägt worden – wurde nicht mehr allein als eine ideologische Abweichung angesehen, die zu einer Parteistrafe oder zum Parteiausschluss führen konnte, sondern als ein Verbrechen, das in der Sowjetunion häufig die Verbannung in den GULAG oder die Todesstrafe nach sich zog.

Die negative Bewertung Rosa Luxemburgs setzte sich nach der Gründung der DDR fort. Der ersten Publikation im Jahre 1951 mit einer Auswahl von Rosa Luxemburgs Werken wurden die abwertenden Stellungnahmen Stalins und Thälmanns vorangestellt und in der ebenfalls 1951 erschienenen Rosa-Luxemburg-Biographie des SED-Chefideologen Fred Oelßner erfolgte nach den Stalinschen Bewertungskriterien eine ausgesprochene Abkanzlung der sozialistischen Theoretikerin. Ende der 1960er und in den 1970er Jahren versachlichte sich die Rosa-Luxemburg-Forschung in der DDR, wie sich an der Herausgabe ihrer Gesammelten Briefe und ihrer Gesammelten Werke und der darin enthaltenen Publikation des Manuskriptes über die russische Revolution, aber auch an den parteioffiziellen Ansprachen auf den jährlichen Gedenkfeiern zeigte.

Während DDR-Historiker wie Annelies Laschitzka und Günter Radczun Rosa Luxemburgs Werke in Richtung einer Bolschewiki-freundlichen Haltung interpretierten, ohne die Unterschiede zu verschweigen, betonten westliche Forscher wie Peter Nettel, Ossip K. Flechtheim und Hermann Weber stärker die freiheitlich menschliche Akzentuierung der von ihr vertretenen Form von Sozialismus und ihre Kritik an den Bolschewiki.³ Erstaunlicherweise sind es neuerdings gerade westdeutsche Publizisten und Historiker, die – teilweise in polemisch-unwissenschaftlicher Form – Rosa Luxemburg wieder mehr in die Nähe der Bolschewiki rücken.⁴ Doch nachdem der Kalte Krieg vorbei ist und die meisten relevanten Archive

3 Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: BZG – Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 33 (1991), H. 4, S. 435–452; Jakov Drabkin: Rosa Luxemburg und die Kommunistische Internationale, in: Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs. Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft in Chicago, Tampere, Berlin und Zürich (1998–2000), hrsg. v. Narihiko Ito/Annelies Laschitzka/Ottokar Luban, Berlin 2002, S. 138–143; Gilbert Badia: Rosa-Luxemburg-Rezeption im 20. Jahrhundert, in: ebd., S. 174–190; Klaus Kinner: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern, in: ebd., S. 191–200; Ottokar Luban: Die Stellung der SED zu Rosa Luxemburg, in: ebd., S. 156–160; Hermann Weber: Rosa Luxemburg zwischen Ost und West: Instrumentalisierung im Kalten Krieg bis 1990, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 29 (2003), S. 7–18. Annelies Laschitzka/Günter Radczun: Rosa Luxemburg. Ihr Wirken in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1971; Ossip K. Flechtheim (Hg.): Einführung zu: Rosa Luxemburg: Politische Schriften, Frankfurt am Main 1968, S. 5–46; Hermann Weber (Hg.): Einleitung, in: Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands 1918/19. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung, Berlin 1993, S. 9–48.

4 Polemisch: Manfred Scharrer: «Freiheit ist immer ... ». Die Legende von Karl und Rosa, Berlin 2002; sehr sachlich: Bernd Faulenbach: Rosa Luxemburg als Mythos? Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen

in den früheren kommunistischen Staaten den Forschern frei zugänglich sind, ist es an der Zeit, die Kritik Rosa Luxemburgs an Lenin und den Bolschewiki anhand neu erschlossener Archivalien genauer zu analysieren und differenziert darzustellen. Dabei wird zu verdeutlichen sein, dass Luxemburgs Kritik nicht tagespolitisch bedingt war, sondern dass ihr Ausgangspunkt in der basisdemokratischen Konzeption einer sozialistischen Bewegung bestand und sich bereits frühzeitig in ihren Reden und Schriften niederschlug.

1904: „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“

Schon in Luxemburgs 1904 erschienenem Aufsatz „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ wurden die grundsätzlichen Unterschiede zwischen ihrer basisdemokratischen Position und Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept deutlich. Sie wandte sich entschieden gegen Lenins Auffassung, nach der „das Zentralkomitee als der eigentliche aktive Kern der Partei, alle übrigen Organisationen lediglich als seine ausführenden Organe“ erscheinen.⁵ Demgegenüber betonte Luxemburg die Bedeutung der proletarischen Massen: „Die sozialdemokratische Bewegung ist die erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist.“⁶ Für Luxemburg wird die Kreativität der Massen durch die ultrazentralistische Parteiorganisation gehemmt, die „nicht vom positiven schöpferischen, sondern vom sterilen Nachwächtergeist getragen“ ist. Die Organisation ist somit „hauptsächlich auf die *Kontrolle* der Parteitätigkeit und nicht auf ihre *Befruchtung*, auf die *Einengung* und nicht auf die *Entfaltung*, auf die *Schurigelung* und nicht auf die *Zusammenziehung* der Bewegung“ ausgerichtet.⁷ Und Luxemburg schließt ihre Ausführungen mit der prägnanten, in den späteren Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung vielfach zitierten Formulierung: „Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermesslich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten ‚Zentralkomitees‘“.⁸

1906: „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“

Rosa Luxemburg befand sich mit ihrer Konzeption von der Rolle der proletarischen Massen und der sozialistischen Partei – wie aus ihrer Ende 1906 publizierten Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ ersichtlich wird – auch im Gegensatz zu der nach 1900

29 (2003), S. 75–88; Hinweise auf vorangegangene Polemiken in: Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – Demokratische Sozialistin oder Bolschewistin?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S. 409–411.

5 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1, 1893–1903, 2. Halbbd., hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., 7. überarbeitete Aufl., Berlin 2000, S. 425 f.

6 Ebd., S. 427.

7 Ebd., S. 433 f.

8 Ebd., S. 444.

immer stärker hervortretenden bürokratischen Haltung der Führung der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften.

Als Schlussfolgerung aus ihren persönlichen Erfahrungen als Teilnehmerin der ersten russischen Revolution von 1905/06 hob Luxemburg die Bedeutung von Massenaktionen, insbesondere die des Massenstreiks, hervor. Dabei dürfe die sozialdemokratische Partei nicht passiv auf das Eintreten von Massenaktionen, auf revolutionäre Ereignisse warten, sondern müsse die politische Führung übernehmen und immer „der Entwicklung der Dinge *voraus-eilen*, sie zu *beschleunigen* suchen.“ Vorrangig sei nicht die technisch-organisatorische Vorbereitung oder eine plötzlich herausgegebene Streikparole, sondern die systematische, auf einen längeren Zeitraum hin angelegte revolutionäre Agitation.⁹ Dabei spiele, wie die Erfahrung in Russland gezeigt habe, die Spontaneität der Massen eine bedeutende Rolle.¹⁰ Die Massenaktionen könnten nur Erfolg haben, wenn sie „zu einer wirklichen *Volksbewegung* werden, d. h. die breitesten Schichten des Proletariats mit in den Kampf ziehen.“¹¹ Dies könne nicht durch eine „künstlich arrangierte einmalige Demonstration des städtischen Proletariats“, nicht durch „eine bloß aus Disziplin und nach dem *Taktstock* eines Parteivorstandes“ angeordnete Aktion erreicht werden. „Allein eine wirkliche, aus revolutionärer Situation geborene, kräftige und rücksichtslose Kampfkation des Industrieproletariats müßte sicher auf tieferliegende Schichten zurückwirken und gerade alle diejenigen, die in normalen, ruhigen Zeiten abseits des gewerkschaftlichen Tageskampfes stehen, in einen stürmischen allgemeinen ökonomischen Kampf mitreißen.“¹² Durch Parteitagsbeschlüsse allein ließen sich keine Massenaktionen herbeiführen, wenn nicht die geschichtliche Situation dafür reif sei.¹³

Auch wenn die Massenstreikbroschüre in erster Linie an die deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung gerichtet ist, so bildet die darin enthaltene basisdemokratische Orientierung erneut einen starken Kontrast zu Lenins ultrazentralistischem Parteikonzept. Gleichzeitig taucht – wie der polnische Historiker Feliks Tych hervorgehoben hat¹⁴ – als neues Element ihrer Konzeption von der Rolle der sozialdemokratischen Partei die Forderung einer kontinuierlichen aktiven agitatorischen Politik auf, mit dem Ziel einer Stimulierung von Massenaktionen bis zur revolutionären Erhebung.

9 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, 1906–Juni 1911, hrsg. v. der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., 6. überarbeitete Auflage, Berlin 2004, S. 146.

10 Ebd., S. 132.

11 Ebd., S. 143.

12 Ebd., S. 139.

13 Ebd., S. 151.

14 Feliks Tych: Die Revolution von 1905–1907. Zur Entwicklung der politischen Philosophie Rosa Luxemburgs, in: Theodor Bergmann/Jürgen Rojahn/Fritz Weber (Hg.): Die Freiheit des Andersdenkenden, Hamburg 1995 S. 82.

1915: „Die Krise der Sozialdemokratie“ (Junius-Broschüre)

In der im Frühjahr 1915 verfassten Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“, die erstmals 1916 wegen des Belagerungszustandes illegal unter dem Verfasser-Pseudonym „Junius“ erschien und deshalb als „Junius-Broschüre“ bekannt geworden ist, analysierte Luxemburg die sozialdemokratische Politik der ersten Kriegsmonate und plädierte mit Verve für eine entschlossene sozialistische Friedenspolitik. Unter erneuter Ablehnung eines putschistischen Vorgehens bekräftigte sie ihre Überzeugung von der Rolle der Massen und der Parteiführung. Mögliche Aufrufe des SPD-Parteivorstandes zum Massenstreik und zur Dienstverweigerung der Soldaten hielt sie in der gegebenen Situation des Kriegsausbruchs und der ersten Kriegsmonate für verfehlt. Denn „[...] große Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteiinstanzen inszeniert.“ Aufgabe der sozialdemokratischen Führer sei es, *„die politische Losung, die Klarheit über die politischen Aufgaben und Interessen des Proletariats im Kriege“* zu geben.¹⁵ Deshalb hätte sich die SPD nach Kriegsausbruch gegen die Beschneidung der freiheitlichen Rechte unter dem Belagerungszustand wenden und die Republik fordern müssen.¹⁶ Dabei wirkt ihre Typisierung einer sozialistischen Massenbewegung wie die Vorausschau auf die deutsche Novemberrevolution von 1918: „Ob große Volkskundgebungen und Massenaktionen, sei es in dieser oder jener Form, wirklich stattfinden, darüber entscheidet die ganze Menge ökonomischer, politischer und psychischer Faktoren, die jeweilige Spannung der Klassengegensätze, der Grad der Aufklärung, die Reife der Kampfstimmung der Massen, die unberechenbar sind und die keine Partei künstlich erzeugen kann [...]. Die geschichtliche Stunde heischt jedesmal die entsprechenden Formen der Volksbewegung und *schafft sich selbst neue*, improvisiert vorher unbekannte Kampfmittel, sichtet und bereichert das Arsenal des Volkes, unbekümmert um alle Vorschriften der Parteien.“¹⁷

September/Oktober 1918: Das Manuskript über die russische Revolution

Rosa Luxemburgs basisdemokratische Grundsätze bildeten auch den Ausgangspunkt für ihre Kritik an der bolschewistischen Revolutionspolitik, die sie eindrucksvoll in ihrem nicht ganz vollendeten Manuskript – über die von den Bolschewiki bis Sommer 1918 praktizierte Revolutionspolitik – formulierte. Für Luxemburg muss die Diktatur des Proletariats „das Werk der *Klasse* und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen [...]“¹⁸ Und sie bekräftigt immer wieder ihren Standpunkt von der notwendigen Teilhabe der breiten Massen am revolutionären Prozess: „Die ganze Volksmasse muß daran [an der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft] teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert. Unbedingte öffentliche

15 Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 148 f.

16 Ebd., S. 135, S. 147.

17 Ebd., S. 149.

18 Ebd., S. 363.

Kontrolle [ist] notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreise der Beamten der neuen Regierung.“¹⁹ Folgerichtig lehnt Luxemburg „die so reichliche Anwendung des Terrors durch die Räteregierung“ ab, vor allem weil die Bolschewiki ihre Praxis des Terrors „nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen [Proletariat] als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“²⁰ Konkreter konterrevolutionärer Widerstand (z. B. in Russland in Form eines Boykotts des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehrs, des Verwaltungsapparates durch bürgerliche Kräfte) kann und muss nach Luxemburg „durch Entziehung politischer Rechte, wirtschaftlicher Existenzmittel etc.“ bekämpft werden, aber im Gegensatz zu den Bolschewiki spricht sie sich – gerade in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht – entschieden gegen „eine allgemeine Entrechtung ganzer breiter Schichten der Gesellschaft [...] als *allgemeine* Regel von *dauernder* Wirkung“ aus.²¹ Wie schon in ihrer Schrift „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ von 1904 fürchtet sie im Falle einer Einschränkung der demokratischen Rechte die Unterdrückung der Kreativität der Volksmassen, deren schöpferische Kraft für die Verwirklichung einer sozialistischen Politik und erst recht für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft unbedingt erforderlich ist.²² Diese demokratische Grundüberzeugung steht im scharfen Kontrast zu Lenins Partei- und Staatskonzept und zeigt sich immer wieder in vielen Reden und Schriften Rosa Luxemburgs von 1904 bis zum Manuskript über die russische Revolution 1918 und darüber hinaus bis zu ihrem im Dezember 1918 verfassten Spartakus-Programm.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen verbleiben im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Konzeptionen Luxemburgs und Lenins drei wichtige Fragen: 1) Teilten die anderen Führungsmitglieder der Spartakusgruppe – ab 11. November 1918 Spartakusbund, ab 31. Dezember 1918 Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) – Rosa Luxemburgs Kritik an der bolschewistischen Revolutionspolitik? 2) Gab Luxemburg ihre kritische Haltung gegenüber den Bolschewiki nach der deutschen Novemberrevolution 1918 auf? 3) Bestand zwischen Luxemburg und den führenden Bolschewiki Feindschaft oder kritische Solidarität?

Die Haltung der Spartakusführung zur Revolutionspolitik der Bolschewiki

Es ist wohl bekannt, dass Clara Zetkin und Franz Mehring im Sommer 1918 die Bolschewiki in mehreren öffentlichen Stellungnahmen verteidigten.²³ Paul Levi widersprach im September und Oktober 1918 den Bolschewiki-kritischen Äußerungen Luxemburgs, während er in den 1920er Jahren ihre Argumente gegen die kommunistischen Führungen in Berlin und

19 Ebd., S. 360.

20 Ebd., S. 364, weitere Ausführungen zum Terror: S. 361 f.

21 Ebd., S. 358.

22 Ebd., S. 356, S. 358, S. 363 f.

23 Gilbert Badia: Clara Zetkin. Eine neue Biographie, Berlin 1994, S. 158–161; Offenes Schreiben Franz Mehrings vom 3. Juni 1918 an die Bolschewiki, in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der

Moskau verwendete.²⁴ Karl Liebknecht schmuggelte im Sommer 1918 einen Kassiber mit Kritik an den russischen Genossen aus dem Zuchthaus, bat aber kurz darauf diese Sätze nicht zu veröffentlichen.²⁵ Leo Jogiches, Luxemburgs langjähriger politischer Weggefährte und Leiter der illegalen Spartakuspropaganda im Weltkrieg, legte Ende November, Anfang Dezember 1918 einem polnischen Genossen die Differenzen zu den Bolschewiki sehr deutlich dar.²⁶ Und Käthe Duncker, die im Kriege zeitweise ebenfalls die Spartakusgruppe leitete, drückte ihre Enttäuschung über die Politik der Bolschewiki mit den Worten aus: „Die Sache der Bolsch[ewiki] muß man ja als verloren betrachten. Die Mittel, durch die sie sich zu halten suchen, beweisen, daß sie verloren sind. Nicht als ob ich ihnen moralische Vorwürfe machen wollte, aber ein System, das sich nur dadurch halten kann, daß es den Terror als Prinzip erklärt; ein System, bei dem Unbeteiligte als Geiseln erschossen werden, das *kann* sich nicht halten, das trägt den Todeskeim in sich. Ihr Wille war der beste, aber die Verhältnisse sind stärker als sie, sie haben sie gezwungen, das Gegenteil von dem zu tun, was sie eigentlich wollten.“²⁷ Wie die Spartakusführer sich intern äußerten, übermittelte Angelica Balabanova, die Sekretärin der linken Internationalen Sozialistischen Kommission, die während eines Berlin-Aufenthaltes mit Mitgliedern der Spartakusführung gesprochen hatte, in einem Schreiben vom 19. Oktober 1918 an Lenin: „Die Frage des Terrors macht einige von ihnen betroffen, vor allem die Frage der Geiseln [Geislerschießungen.]“²⁸ Diese Fakten zeigen deutlich, dass die Kritik an den Bolschewiki im Kreis der führenden Spartakusmitglieder weit verbreitet war.

Die Frage eines möglichen Meinungswechsels Rosa Luxemburgs

In der bereits erwähnten gegen Ende 1921 einsetzenden hitzigen Debatte stellte Clara Zetkin die Behauptung in den Raum, Luxemburg hätte ihre kritischen Einwände gegen die bolschewistische Politik nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis am 8. November 1918 weitgehend aufgegeben und deshalb auch keine Veröffentlichung ihres Manuskriptes über die russische Revolution gewünscht. Dies sei auch nach Luxemburgs Ermordung von Jogiches an Zetkin so weitergegeben worden.²⁹ Diese Aussage Zetkins hat bei genauerer Betrachtung wenig Relevanz. In den Revolutionswochen nach dem 9. November 1918 war an eine Veröf-

deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Bd. 2: November 1917–Dezember 1918, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1957, S. 158–162.

24 Quack: Geistig frei, S. 133–136, S. 169–176.

25 Karl Liebknecht an Sophie Liebknecht, 6. Juli 1918 und 12. August 1918, in: Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Mai 1915–15. Januar 1919, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1968, S. 545, S. 557.

26 Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte [RGASPI], Moskau, fonds 495, opis 124, dello 539, Bl. 42 Rückseite.

27 Käthe Duncker an Hermann Duncker, 15. September 1918, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde, NY 4445, Nr. 141, Bl. 147.

28 Angelica Balabanova an Lenin, 19. Oktober [1918], in: RGASPI, Moskau, f. 5, op. 3, d. 80, Bl. 2, Rückseite.

29 Puschnerat: Clara Zetkin, S. 274 f.

fentlichung von Broschüren Rosa Luxemburgs nicht zu denken, da alle ihre Manuskripte aus der Gefängniszeit – bis auf die Korolenko-Arbeit – bei befreundeten Genossen in Breslau geblieben und auch Ende März 1919 noch immer nicht in Berlin eingetroffen waren.³⁰ Auch wegen der Papierknappheit und der äußerst dünnen Personaldecke war an die Herausgabe von umfangreicheren Schriften der KPD zu jener Zeit nicht zu denken. Es erscheint deshalb unwahrscheinlich, dass überhaupt noch bis zu Jogiches' Ermordung Anfang März 1919 über die Frage diskutiert worden ist, welche Manuskripte nicht publiziert werden sollten. Zetkin selbst hat Rosa Luxemburg in den Revolutionswochen bis zur Ermordung am 15. Januar 1919 nicht mehr persönlich, nur einmal telefonisch gesprochen. Wenig wahrscheinlich ist auch, dass Jogiches – wie von Zetkin behauptet – gegen die Publizierung des Manuskriptes über die russische Revolution gewesen sein soll, da er Ende November, Anfang Dezember 1918 gegenüber dem polnischen Genossen Walecki „noch schroffer“ als Luxemburg die Gegensätze zu den Bolschewiki hervorgehoben hatte.³¹

In der politischen Debatte von 1922 berief sich Rosa Luxemburgs langjähriger polnischer Parteifreund Adolf Warski auf einen Brief Luxemburgs vom Dezember 1918, in dem sie angeblich ihre kritische Haltung gegenüber der bolschewistischen Revolutionspolitik in den meisten Punkten aufgegeben hätte, auch in Bezug auf den revolutionären Terror. Doch dieses, wie ein echtes Brieffragment wirkende Produkt, ist eine von Adolf Warski aus dem Gedächtnis wiedergegebene Version,³² dessen Originaltext nie veröffentlicht worden ist, obwohl die zahlreichen parteioffiziellen Publikationen zur Geschichte der KPD seit den zwanziger Jahren reichlich Gelegenheit dazu geboten hätten. Sowohl für die Geschichtsforschung wie für eine seriöse politische Diskussion ist dieses angebliche Brieffragment vollständig wertlos und irrelevant. Es gibt jedoch eine anders lautende Aussage in dem bereits erwähnten handschriftlichen, undatierten Bericht des polnischen KPP-Gründungsmitgliedes Henryk Walecki. Er führte auf dem Rückweg aus dem Schweizer Asyl nach Warschau Ende November oder Anfang Dezember 1918 in Berlin mehrfach Gespräche mit Rosa Luxemburg, wobei sie ihre kritische Distanz zu den Auffassungen der Bolschewiki zum Aus-

30 Mathilde Jacob an Clara Zetkin, 25. Januar 1919, in: Ottokar Luban: Die „innere Notwendigkeit, mit-helfen zu dürfen“. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale, in: *IWK* 29 (1993), H. 4, S. 421–470, hier S. 454; Laschitzka: *Zum Umgang*, S. 440 mit Anm. 37.

31 RGASPI, Moskau, fonds 495, opis 124, dello 539, Bl. 42 Rückseite.

32 Warski (S. 6 f.) erklärt die Herkunft des Briefes: „Ende November oder Anfang Dezember 1918 brachte mir ein deutscher Wehrmann aus Berlin einen kleinen polnisch geschriebenen Zettel von Rosa Luxemburg nach Warschau, in dem sie mir als Antwort auf meine Mitteilungen etwa folgendes [!!!] schrieb: [... (Es folgt der Brieftext)]“. Paul Frölich, der mit Warski insbesondere wegen der Herausgabe der Werke Luxemburgs im Kontakt gestanden hatte, erklärt dies deutlicher: „Warski zitiert aus dem Gedächtnis.“ (Paul Frölich: *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Mit einem Nachwort von Iring Fetscher*, 4. Ausg., Frankfurt am Main 1973, S. 298 mit Anm. 25.) Der Brieftext ist auch – ohne Hinweis auf die Charakteristik des Schriftstückes – abgedruckt in: *Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe*, Bd. 6, hrsg. v. Annelies Laschitzka, Berlin 1993, S. 211. Ebenfalls ohne Einschränkungen eine Wiedergabe bei Nettel, S. 680 f.

druck brachte: „Sie betonte wieder die Scheidungsmomente in der Bauernfrage, der nationalen Frage, in der Frage des Terrors.“³³

Die Unterschiede zu den Bolschewiki kamen auch in aller Deutlichkeit in mehreren Passagen des von Luxemburg Mitte Dezember verfassten Programms „Was will der Spartakusbund?“, ab Ende Dezember 1918 Parteiprogramm der frisch gegründeten KPD, zum Ausdruck. Die revolutionäre Gewalt sollte unter einer sozialistischen Regierung nur defensiv zur Abwehr des konterrevolutionären Terrors angewendet werden.³⁴ Gleichzeitig legte sie ein eindeutiges Bekenntnis zum Mehrheitsprinzip im Rätssystem ab: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“³⁵ All diese Formulierungen Luxemburgs wirken wie eine Bekräftigung ihrer Kritik an der Politik der Bolschewiki, eine Kritik, wie sie in dem Manuskript zur russischen Revolution enthalten ist. Dies vermutete auch Paul Frölich, der spätere Rosa-Luxemburg-Biograph. Dieser war 1918 noch ein Anhänger Lenins, der auf dem KPD-Gründungsparteitag Ende Dezember 1918 gegen Luxemburgs Aussagen zum rein defensiven Charakter der revolutionären Gewalt und zum Mehrheitsprinzip protestierte, weil er darin eine versteckte Kritik an der bolschewistischen Politik sah.³⁶ Wie diese Äußerungen und das Parteiprogramm zeigen, blieb Rosa Luxemburg auch in den hektischen Revolutionswochen 1918/19 bis zu ihrem Tode ihrer basisdemokratischen Überzeugung treu.

Gegnerschaft oder kritische Solidarität?

Rosa Luxemburg erkannte durchaus das Verdienst der Bolschewiki an, als erste Arbeiterpartei die Macht ergriffen zu haben, um eine sozialistische Gesellschaft zu verwirklichen. Sie hoffte, dass eine erfolgreiche Revolution in Mittel- und Westeuropa oder zumindest in Deutschland, bezüglich der damit verbundenen außenpolitischen und militärischen Entlastung des sozialistischen Russlands, die falschen Methoden der russischen Genossen korrigieren würde. Dies brachte Luxemburg sowohl in ihrem Manuskript über die russische Revolution wie in ihrer Rede zum Programm auf dem Gründungsparteitag zum Ausdruck.³⁷ Doch auch wenn sie sich der schwierigen Situation bewusst war, in der sich die bolschewistische Regierung befand, sah sie die Notwendigkeit, die russischen Genossen an die – nach ihrer Meinung unbedingt einzuhaltenden – sozialistischen Freiheitsprinzipien zu erinnern, „[...] denn ganz zu schweigen, ist unmöglich“, wie sie im September 1918 aus dem Gefängnis an ihren polnischen Genossen Stefan Bratman-Brodowski schrieb.³⁸

33 RGASPI, Moskau, f. 495, op. 124, d. 539, Bl. 41 Rückseite.

34 Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 443–445.

35 Ebd., S. 448.

36 Diskussionsbeitrag von Paul Frölich, in: Weber: Die Gründung der KPD, S. 202–203.

37 Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 341, S. 365, S. 496.

38 Rosa Luxemburg an Stefan Bratman-Brodowski, 3. September 1918, in: Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 6, S. 206–208, Zitat: S. 207.

Den Plänen Lenins zur Gründung einer Kommunistischen Internationale widersprachen Luxemburg und die KPD-Führung, weil diese Gründung erst bei Vorhandensein einer Massenbasis für sozialistische Parteien in Europa, die bis auf Russland noch nicht vorhanden war, erfolgen dürfte.³⁹ Nichtsdestotrotz kooperierten Rosa Luxemburg und ihre engeren Gesinnungsgenossen mit den Bolschewiki. Mitte Dezember 1918 wurde ein langjähriger Vertrauensmann der Spartakusführer, der Kulturhistoriker Eduard Fuchs, mit einem Brief Rosa Luxemburgs und mündlichen Botschaften über die Lage in Deutschland sowie über die Auffassungen und politischen Aktivitäten des Spartakusbundes auf den beschwerlichen Weg nach Moskau zu Lenin geschickt.⁴⁰ Leo Jogiches, der nach der Ermordung Luxemburgs die KPD-Führung übernommen hatte, setzte diesen Kontakt fort, berichtete in einem Brief von Anfang Februar 1919 an Lenin und die Parteileitung der Bolschewiki über die Situation in der deutschen Arbeiterbewegung und bat, nachdem bereits Eduard Fuchs Geld aus Russland für die deutschen Kommunisten mitgebracht hatte, um weitere finanzielle Unterstützung.⁴¹ Dem Wunsch Lenins nach Zustimmung zur Gründung der Kommunistischen Internationale entsprach die KPD-Führung dennoch nicht. Vielmehr beschloss die KPD-Zentrale, ihr Mitglied Hugo Eberlein mit dem gebundenen Mandat nach Moskau zu schicken, gegen die Neugründung zu stimmen.⁴² Die deutschen Kommunisten bewahrten also ihre Eigenständigkeit.

Luxemburg und die Spartakusführung teilten mit den Bolschewiki das gemeinsame Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, übten aber schärfste Kritik an der Art, wie dieses Ziel in Russland verwirklicht werden sollte. Für diese kritische Haltung der Spartakusführung zur bolschewistischen Revolutionspolitik bei gleichzeitiger Übereinstimmung im angestrebten Endziel fand Leo Jogiches in einem Brief an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918 eine prägnante Formulierung: Das „sozialistische Russland“ sei „zwar ein *krüppeliges*, aber immerhin doch *unser* Kind.“⁴³

39 RGASPI, Moskau, f. 495, op. 124, d. 539, Bl. 42 Rückseite (handgeschriebener Bericht H. Waleckis in deutscher Sprache).

40 Rosa Luxemburg an Lenin, 20. Dezember [1918], in: Rosa Luxemburg: Ges. Briefe, 6, p. 212.

41 Leo Jogiches an Lenin, 4. Februar 1919, in: Ruth Stoljarowa: Vor 80 Jahren wurde Leo Jogiches ermordet. Vier unbekannte oder vergessene Dokumente aus den Jahren 1917–1919, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 40 (1998), H. 4, S. 65–82, hier: S. 72–74.

42 Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale, in: Internationale Pressekorrespondenz, Wien 4 (1924), Nr. 28, 29, Februar 1924, S. 306.

43 Leo Jogiches an Sophie Liebknecht, 7. September 1918, in: Feliks Tych/Ottokar Luban: Die Spartakusführung zur Politik der Bolschewiki. Ein Kassiber Leo Jogiches' aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht vom 7. September 1918, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 33 (1997), H. 1, S. 92–102, hier: S. 100.

Schlussbemerkungen

Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins ultrazentralistischem Partei- und Revolutionskonzept lag – bei gleicher Zielsetzung einer sozialistischen Gesellschaft – eine fundamental unterschiedliche Auffassung über den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu Grunde. Für Luxemburg konnte die sozialistische Gesellschaft nur in einem längeren Prozess unter ständiger intensiver Mitwirkung der Arbeiterschaft, mit voller politischer Freiheit für alle Proletarierinnen und Proletarier, ohne Unterdrückung abweichender Meinungen realisiert werden. Dies war für sie die unabdingbare Voraussetzung, um ein Höchstmaß an aktiver und kreativer Teilnahme der Arbeiterklasse bei der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft zu sichern. Eine Gesellschaft, die im Endzustand die gleichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger garantieren sollte.

Es war eine Tragödie für die Arbeiterbewegung (möglicherweise auch für die europäische Geschichte), dass der Mord an Rosa Luxemburg und an vielen ihrer Mitstreiter/innen durch die reaktionären Freikorpsgruppen die Möglichkeiten für eine basisdemokratische Entwicklung der kommunistischen Parteien entscheidend schwächte. Die Frage „Luxemburg oder Stalin?“ wie der überspitzt formulierte Titel einer kommentierten Dokumentation über die KPD und die Kommunistische Internationale im Jahre 1928 lautet,⁴⁴ wurde zugunsten des Stalinismus, und damit des Stalinschen Terrorismus und Imperialismus, beantwortet. Das gerade in jüngster Zeit im politischen und geschichtswissenschaftlichen Raum wieder angestiegene weltweite Interesse am Schicksal und am Werk Rosa Luxemburgs zeigt, dass die von ihr formulierten Ideen eines strikt freiheitlichen und menschlichen Sozialismus als ein politisches Zukunftsmodell noch immer einen starken Einfluss auf die Menschen am Anfang des 21. Jahrhunderts ausüben.

44 Elke Reuter u. a. (Hg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation, Berlin 2003.